

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

43. Sitzung

## **Sozialausschuß**

28. Sitzung

## **Innen- und Rechtsausschuß**

35. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Oktober 1997, 10:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	2
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Lothar Hay (SPD) Vorsitzender  
 Ursula Kähler (SPD)  
 Günter Neugebauer (SPD)  
 Eva Peters (CDU)  
 Berndt Steincke (CDU)  
 Thomas Stritzl (CDU)  
 Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses**

Frauke Walhorn (SPD) Vorsitzende  
 Wolfgang Baasch (SPD)  
 Gerhard Poppendiecker (SPD)  
 Uwe Eichelberg (CDU)  
 Torsten Geerds (CDU)  
 Gudrun Hunecke (CDU)  
 Kläre Vorreiter (CDU)  
 Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses**

Heinz Maurus (CDU) Vorsitzender  
 Ingrid Franzen (SPD) in Vertretung  
 von Klaus-Peter Puls  
 Renate Gröpel (SPD) in Vertretung  
 von Bernd Saxe  
 Ursula Kähler (SPD)  
 Dr. Gabriele Kötschau (SPD)  
 Thorsten Geißler (CDU)  
 Klaus Schlie (CDU)  
 Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

---

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	3
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

---

### **Fehlende Abgeordnete**

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	4
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

## Tagesordnung:

Seite

### 1.a) **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001**

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871

### b) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850

### c) **Änderungsvorschlag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 1998**

Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein  
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/942

#### | **Einzelplan 16**

5 Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

#### | **Einzelplan 04**

10 Innenministerium

#### | **Einzelplan 09**

13 Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	5
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr, stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

- |    |   |
|----|---|
| a) | <b>Finanzp</b>  |
|    | Bericht c   |
| b) | <b>Entwurf</b>  |
|    | Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850<br>hierzu: Umdrucke 14/1092, 14/1110  |
| c) | <b>Änderu</b>   |
|    | Anlage 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des<br>Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land<br>Schleswig-Holstein<br>Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache<br>14/942 |
| l  | <b>Einzelpl</b>   |

M Birk führt in den Einzelplan 16 ein.

Abg. Peters fragt, ob Korrekturen am Einzelplan 16 im Rahmen der Verhandlungen über die Nachschiebeliste zu erwarten seien. M Birk verweist auf die noch ausstehenden Verhandlungen mit dem Finanzminister bezüglich der zu erbringenden globalen Minderausgaben, die noch nicht in den Einzelplan 16 eingearbeitet worden seien. Sollte keine Einigung erzielt werden - wovon sie nicht ausgehe -, müsse das Parlament darüber entscheiden. Der Vorsitzende merkt zum einen an, daß die Aufstellung einer Nachschiebeliste immer Reduzierungen in den Haushaltsansätzen zur Folge gehabt habe; zum anderen sei davon auszugehen, daß vom 13. November 1997 an - nach der Bekanntgabe der nächsten Steuerschätzung - Gespräche über veränderte Haushaltsansätze der Einzelpläne zu führen seien.

Sollte es zu unerwarteten, dramatischen Einbrüchen bei den Fördermitteln der Europäischen Union kommen, entgegnet M Birk auf eine Nachfrage von Abg. Hunecke, betreffe dies nicht allein ihr Ministerium. In einem solchen Falle müßte dann das Kabinett eine Entscheidung treffen, über die sie die Abgeordneten in Kenntnis setzen würde. M Birk stellt klar, daß sie

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	6
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

keine Einsparvorschläge hinsichtlich der Projekte im Bereich Frauen und Beruf unterbreiten würde.

**1601-531 02,                      Öffentlichkeitsarbeit**

**Abg. Hunecke erbittet eine Auflistung der Maßnahmen, die im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit geplant seien. Das Ministerium sagt zu, eine entsprechende Auflistung in schriftlicher Form nachzureichen.**

**1601-533 24,                      Leistungsentgelte an die Datenzentrale Schleswig-Holstein**

**Abg. Hunecke fragt nach den Gründen für die bedeutende Steigerung des Haushaltsansatzes dieses Titels im Jahr 1998. MDgt Dr. König sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.**

**1606-684 02,                      Aktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder"**

**Abg. Hunecke erbittet schriftliche Ausführungen darüber, welche Projekte im Rahmen der Aktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder" geplant seien. Der Vorsitzende sowie Abg. Stritzl unterstützen diese Bitte. M Birk sagt zu, neben einem Jahresbericht auch eine kurze detaillierte schriftliche Antwort vorzulegen.**

**Abg. Peters möchte zum einen wissen, wie hoch die finanziellen Mittel seien, die dem Fonds zugunsten der Aktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder" zur Verfügung stünden, und zum anderen, wie sich die finanzielle Beteiligung von Land, Deutschem Kinderhilfswerk und Spenden aufgliedere. Die Ministerin sagt ebenfalls zu, eine entsprechende Aufschlüsselung zu liefern.**

**1606-684 14,                      Förderung von Modellvorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe**

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	7
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

**M Birk sichert auf Nachfrage von Abg. Sporendonk zu, den Abgeordneten eine Aufstellung über die im Rahmen des Modellvorhabens in der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführten Projekte zukommen zu lassen.**

#### **1606 - MG 01, Maßnahmen zur Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen**

**Abg. Hunecke erbittet eine Auflistung der Maßnahmen der Maßnahmengruppe 01 - speziell des Titels 684 01 -, durch die die anvisierten Ziele erreicht werden sollen. Abg. Stritzl präzisiert, er wünsche zudem eine Darlegung der Gründe für die Förderung gerade dieser Maßnahmen, die das Ministerium unterstütze, sowie der erhofften Zielsetzung und eine Evaluierung, sofern diese bereits erfolgen könne. M Birk sagt zu, den Abgeordneten den Maßnahmenkatalog mit den entsprechenden Zahlen und den gewünschten Begründungen zukommen zu lassen.**

#### **1606-684 06, Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz und Beratung von Problemfamilien**

Auf Wunsch von Abg. Stritzl sagt M Birk zu, den Ausschüssen die Bedarfsentwicklung sowie Daten über das Volumen der Anträge dieses Titels in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen.

#### **Kap. 1616, Wohnungswesen, Wohnungsbauförderung und Städtebau**

Auf Wunsch von Abg. Hunecke sagt M Birk zu, den Ausschüssen das Schreiben der Bundesregierung zu übermitteln, in dem Schleswig-Holstein untersagt worden sei, die in dem Wohnbauland-Entwicklungsprogramm angestrebten Ziele - wie die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen - zu fördern, da gemäß dem II. Wohnungsbaugesetz nur Erschließungsmaßnahmen gefördert werden dürften.

Abg. Hunecke bittet im Namen des abwesenden Abg. Storjohann um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen. Das Ministerium sagt dies zu.

#### **Kap. 1616, Wohnungswesen, Wohnungsbauförderung und Städtebau**

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	8
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

Die aktuellen Zahlen für das Wohnungsbauprogramm 1998 sollen schriftlich nachgereicht werden.

#### **111 02, Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe**

**Wie sieht die Entwicklung der Verwaltungskosten der letzten Jahre aus?**

#### **241 01, Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld**

In welchem Rahmen ist die Landesregierung bereit, eine Wohngelderhöhung mitzutragen. Ist dem Bundesbauministerium ein entsprechendes Signal gegeben worden?

#### **526 99, Kosten für Sachverständige, Gutachten etc.**

**Eine konkrete Benennung der Gutachten wird erbeten.**

#### **682 01, Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für die Wohngeldbewirtschaftung**

Ein Mitarbeiter des mittleren Dienstes habe im Innenministerium die Tätigkeit im Bereich der Wohngeldbewirtschaftung bislang wahrgenommen. Mit der Übertragung dieser Aufgabe an die Investitionsbank seien 120.000 DM in Ansatz gebracht worden. Für einen Mitarbeiter des mittleren Dienstes scheine dieser Ansatz zu hoch zu sein. Es stelle sich daher die Frage, ob dieser Mitarbeiter im Innenministerium nun mit anderen Aufgaben betreut worden sei? Wenn ja, mit welchen Aufgaben? Ist er etwa aus dem Landesdienst ausgeschieden?

#### **685 02, Impulsprogramm "Wärmetechnische Gebäudesanierung"**

Um eine Erläuterung dieses Programms wird gebeten.

#### **863 01, Darlehen zur zusätzlichen Finanzierung der Wohnraumbeschaffung in sozial dringlichen Fällen einschließlich Förderung des Erwerbs von Belegrechten**



Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	9
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

In Anbetracht von acht geförderten Wohneinheiten stelle sich die Frage, ob man noch von einem Programm sprechen könne. Müßte nicht die Zahl dem Bedarf angepaßt werden?

### **893 05, Programm "Ressourcensparendes Bauen und Wohnen"**

Wie lange soll das Programm noch laufen? Es stelle sich die Frage, ob das in Höhe von 1 Million DM unterstützte Programm nicht völlig unterfinanziert sei.

### **893 09, Zuführung der Ausgleichsabgabe an die Investitionsbank Schleswig-Holstein-Zweckrücklage Wohnungsbau -**

Um eine Erläuterung des Ansatzes von 2.148.000 DM wird gebeten.

### **661 05, Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnungsbauprogramme ab 1991**

Es wird eine Begründung für den in 1998 bedeutenden Anstieg des Ansatzes auf 19.760.000 DM sowie eine Darlegung der Gesamtbelastung für jedes Wohnungsbauprogramm der Jahre 1991 bis 1998 erbeten. Ferner soll erläutert werden, warum ein Zinssatz in Höhe von 8,5 % für die Dauer von 10 Jahren zugrunde gelegt worden sei.

### **883 02, Zuschüsse des Landes für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern**

In Anbetracht der starken Erhöhung des Haushaltsansatzes auf 8.864.000 DM wird eine Erläuterung des Programms für das Jahr 1997 gewünscht.

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	10
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

|

**Einzelpl**

**0401-533 04, Personalverwaltungssystem (PVS) - zentral -,**

**0401-533 05, Hochrechnung der Personalkosten - zentral -**

**M Dr. Wienholtz sagt auf Bitte von Abg. Neugebauer zu, den Abgeordneten das aktuelle Datenmaterial in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen, auf dessen Grundlage die Budgetierung in diesem Bereich erfolgen solle.**

**0401-533 57, Neue Projekte,**

**0401-533 58, Voruntersuchungen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen,**

**0401-533 59, Verschiedene kleinere Projekte,**

**0401-533 60, Grundlagenarbeiten**

**Auf eine Bitte von Abg. Schlie sagt M Dr. Wienholtz zu, in schriftlicher Form zu erläutern, was die oben aufgeführten Titel konkret beinhalten.**

**0405-883 61, Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für Investitionen**

**Auf Wunsch von Abg. Schlie sagt M Dr. Wienholtz zu, eine Aufschlüsselung über die Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen zu geben und den aktuellen Mittelabfluß darzulegen.**

**0407-671 02, Kostenerstattung für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und für Rückkehrberatung**

M Dr. Wienholtz sagt auf Bitte von Abg. Schlie zu, schriftlich zu ergänzen, welche Maßnahmen dieses Titels im einzelnen gefördert würden, sowie die Höhe der finanziellen Aufwendungen für einen Bürgerkriegsflüchtling aufzuzeigen. Ferner sagt er zu, eine Aufgliederung nach Kreisen und kreisfreien Städten vorzulegen.

**0407-684 11, Betreuungsmaßnahmen für Flüchtlinge,**

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	11
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

**0407-684 12, Betreuungsmaßnahmen für Ausländerinnen,**

**0407-684 13, Flüchtlingsrat**

**M Dr. Wienholtz sagt auf Anregung von Abg. Schlie zu, den Ausschüssen eine detaillierte Auflistung über die Einzelmaßnahmen zuzuleiten.**

**0407-517 62, Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume**

**M Dr. Wienholtz sagt auf Wunsch von Abg. Maurus zu, den Titel näher zu erläutern.**

**0407-643 62, Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Förderung der freiwilligen Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge**

Abg. Schlie bittet um eine Aufgliederung dieses Titels nach Kreisen und kreisfreien Städten sowie um eine Mitteilung über die Anzahl von Duldungsverfügungen für die einzelnen Jahre.

M Dr. Wienholtz sagt eine schriftliche Auskunft zu.

**0410-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten,**

**0410-422 02, Bezüge der beamteten Hilfskräfte**

**Abg. Heinold bittet, bis zum 20. Oktober 1997 schriftlich darzulegen, ob die zu erwartenden Tarifsteigerungen für alle Häuser in gleicher Höhe veranschlagt, wo Veränderungen vorgenommen worden und in welchen Bereichen Veränderungen zu erwarten seien. Abg. Stritzl erbittet eine kurze schriftliche Begründung, worauf der Rückgang des Haushaltsansatzes 1996 gegenüber dem Haushaltsansatz 1998 des Titels 422 01 zurückzuführen sei. Das Ministerium sagt dies zu.**

**0410-515 65, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**

**M Dr. Wienholtz sichert auf Nachfrage von Abg. Maurus zu, in schriftlicher Form über den aktuellen Stand zu berichten.**

Schleswig-Holsteinischer Landtag	- <b>Finanzausschuß</b> -	43. Sitzung am 1. Oktober 1997	12
	- <b>Sozialausschuß</b> -	28. Sitzung am 1. Oktober 1997	
	- <b>Innen- und Rechtsausschuß</b> -	35. Sitzung am 1. Oktober 1997	

|

**Einzelpl**

**426 02, Löhne der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Kräfte,**

**427 02, Beschäftigungsentgelt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ABM**

-

**Abg. Geißler und der Vorsitzende, Abg. Hay, erbitten vom Minister eine politische Begründung dafür, weshalb der Einsatz von teilzeitbeschäftigten Kräften für entbehrlich gehalten werde und wie der Rückgang des Haushaltsansatzes von 1997 gegenüber 1998 bezüglich des Titels "Beschäftigungsentgelt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" zu erklären sei. Das Ministerium sagt eine schriftliche Antwort zu.**

#### **0902-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**

RR Jagusch sichert auf Nachfrage von Abg. Geißler zu, in schriftlicher Form die Konsequenzen darzulegen, die der Wegfall einer R 3-Stelle für den Geschäftsverteilungsplan des OLG hat, und aufzuzeigen, wo die neue R 2-Stelle eingerichtet werden soll.

#### **0904-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**

Abg. Geißler bittet ebenfalls darum, die Auswirkungen auf den Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungsgerichtes zu erläutern, die auf den Wegfall zweier R 1-Stellen zurückzuführen seien. Das Ministerium sagt dies zu.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses schließt die Sitzung um 13.05 Uhr

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Birgit Raddatz  
Geschäfts- und Protokollführerin